



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 19. Mai 2019

Städteverband: Ein Ja zu mehr Sicherheit und zum Tourismusstandort Schweiz

Der Schweizerische Städteverband begrüsst das Ja zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie. Die Anpassungen erhöhen einerseits den Schutz der Bevölkerung vor Waffenmissbrauch, andererseits stützt die Stimmbevölkerung mit ihrem Ja die wichtige Zusammenarbeit im System von Schengen/Dublin, von welcher auch der Tourismus und die Wirtschaft in der Schweiz allgemein dank den erleichterten Visumsbestimmungen massgeblich profitieren.

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat die Verschärfung des Waffengesetzes gutgeheissen. Damit können die Änderungen des europäischen Waffenrechts übernommen werden, welche dem heutigen Umfeld und den gegenwärtigen Bedrohungen beim Schutz der Bevölkerung vor Waffenmissbrauch besser Rechnung tragen. Die Schweizer Schiesstradition wird dadurch nicht gefährdet: Schützen, Jäger und Waffensammler sind nicht betroffen oder erhalten Bewilligungen, für die Abgabe der Ordnungswaffe ändert sich nichts.

Für den Schweizerischen Städteverband besonders erfreulich ist, dass mit dem Ja zur EU-Waffenrichtlinie ein Ausscheiden aus dem Verbund der Schengen-/Dublin-Staaten verhindert werden konnte. Dadurch kann die bewährte Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten weitergeführt werden, wovon auch der Tourismus in der Schweiz und die Wirtschaft als Ganzes massgeblich profitieren.

Weitere Informationen:

Nationalrat Kurt Fluri, Präsident Städteverband, Stadtpräsident Solothurn, 079 415 58 88.

Renate Amstutz, Direktorin Städteverband, 079 373 52 18.

Hintergrundinformationen zum Schweizerischen Städteverband

Der Städteverband zählt 133 Mitglieder. Er vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden und ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.